

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 8.— M. Durch Austräger 37.50 M. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag, Redaktionspostfach: 6—6 Nachm. Produktivgenossenschaft f. d. Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau, Postfachkonto Nr. 81069. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8887.

Freitag, 3. Novbr. 1922

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzelle oder deren Raum 10.— M. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 2.50 M. Kleine Anzeigen per Wort 1.50 Mark. — Retikame: Die Millimeterzelle 8 gespaltelt oder deren Raum im Text 30.— M.

Gegen die Verelendung!

„Die hohen Löhne sind Schuld.“

In der bürgerlichen Presse kann man noch immer von den allzu hohen Löhnen, die an der Feuerung Schuld sind, lesen. Vor einigen Tagen erst schrieb die Berliner „Kreuz-Zeitung“ anlässlich des neuen Tarifabschlusses in der Berliner Metallindustrie, nach welchem ein Metallarbeiter etwa 4500 Mark Wochenlohn erhalten soll (das ist etwa ein Viertel seines Friedenslohnes), daß die Löhne eigentlich doch unerhört hoch seien, da nach einer Angabe des Direktors des statistischen Amtes Berlin für die Ernährung eines Mannes nur 640 Mark wöchentlich aufgebraucht werden müßten. Die Redakteure der bürgerlichen Zeitungen scheinen auf die Sammsgeduld der deutschen Arbeiterschaft zu bauen, die diese Vurschen noch immer derartige Provokationen schreiben läßt und die den „sozialistischen“ Magistrat noch nicht fortgejagt hat, der ein derartiges statistisches Amt bestehen läßt. Wie die „Kreuz-Zeitung“, so heßt das Organ der Schwerindustrie, die „Bergwerkszeitung“, in gewissen Zeitabständen immer wieder von neuem gegen die hohen Löhne der Industriearbeiterschaft und versucht immer von neuem nachzuweisen, daß es den geistigen Arbeitern noch viel schlechter ginge und daß daher die Industriearbeiter viel zu viel bezahlt erhielten. Auf unsere Frage vor mehreren Wochen, wieviel denn die Arbeiter auch gegenüber den verringerten Einnahmen der Herren Stinnes, Thyssen, Daniel, Krupp, Stumm und Konsorten zuziel an Lohn erhalten, ist das sonst so redselige Blatt uns bisher wohlweislich die Antwort schuldig geblieben.

Wie steht es tatsächlich mit den angeblich hohen Löhnen? Dafür einige Beispiele: Nach den Berechnungen des statistischen Amtes der Stadt Leipzig betrug die Gesamtsteuerungszahl am 1. Oktober 19329 gegen Monatsende 30712. Nach den Steuerungsdaten des statistischen Amtes sind also die Preise in nicht 4 Wochen um 59% gestiegen. Dagegen betrug der Stundenlohn eines Leipziger Metallarbeiters am 1. Oktober ausschließlich des Tarifzuschlages 87,65 Mark, Ende Oktober 94,95 M. Die Löhne also sind nur um 8 Prozent gestiegen. In der Eisenindustrie betrug der Stundenlohn 1914 0,60 M., im Oktober 1922 94,95 M. Er ist also auf das 185fache gestiegen. Der Preis für einen Doppelzentner Banden ist von 10,50 Mark auf 9180 Mark, also um das 900fache gestiegen. Die Baustoffpreise sind von Juli 1914 bis September 1922 durchschnittlich um das 271fache gestiegen. Die ungeheuer hohen Löhne im Baugewerbe, von denen man überall liest, aber nur um das 82 bis 102fache. Im Buchdruckergerberie betrug 1914 in der Ortsklasse Berlin-Hamburg der Stundenlohn 0,65 Mark, der Stundenlohn des Preistarifs 1,60 Mark. Im Oktober-November beträgt der Stundenlohn 96,94 Mark, der Stundenlohn des Preistarifs 459 Mark. Der prozentuale Anteil des Lohnes am Verkaufspreis fiel von 40 Prozent im Jahre 1914 auf 21,1 Prozent nach dem jetzt geltenden Tarif. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt in der schon genannten Nummer: „Die Bauarbeiter, eine anderer bestbezahlten Arbeiterkategorie, konnten 1914 von einem Tagesverdienst 8 Pfund Butter kaufen, heute reicht der Tagesverdienst gerade hin, um damit eineinviertel Pfund Butter zu bezahlen.“ Nach dem Lebenshaltungskostenindex von Kuzinsky ist allein vom 1. bis 15. Oktober eine Steigerung der Lebenshaltungskosten um 30 Prozent eingetreten, die auch nicht zur Hälfte durch Lohnerhöhungen wettgemacht wurde. Den Kapitalisten wird die Ablehnung von Lohnerhöhungen jetzt sehr leicht gemacht, da sie sich einer nach dem andern auf einen neu aufgetauchten „Theoretiker“, der im Korrespondenzblatt des IGB die Unmöglichkeit, höhere Löhne zu verlangen, „volkswirtschaftlich“ nachgewiesen hat, berufen können.

Den Kapitalisten geht es hingegen sehr schlecht.

Während es also den Arbeitern mit ihren hohen Löhnen geradezu ausgezeichnet geht, haben sich die Kapitalisten außerordentlich zu beklagen. Trotzdem die Geschäftsberichte der einzelnen Unternehmungen nicht dazu da sind, um zu zeigen, was für Milliardenprofite die Unternehmer machen, sondern gerade um das zu verheimlichen, geht aus den Berichten manches Interessante hervor. So wird der alte Satz, daß Schokolade sehr nahrhaft ist, bei dem Geschäftsabschluss der Gebr. Stollwert

in Köln bestätigt, bei welcher Gesellschaft trotz Erhöhung der Abschreibungen von 1,3 auf 12 Millionen der Reingewinn von 1,9 auf 10 Millionen gestiegen. Bei der Maschinenfabrik A.-G. in Braunschweig, die schon im vergangenen Jahre 125 Prozent Dividende bezahlt hat, erhalten in diesem Jahr die Aktionäre 175 Prozent Dividende. Wenn auch die Dividenden allein nicht für die Beurteilung der gegenwärtigen Lage und des gegenwärtigen Gewinns der Unternehmungen verwendet werden können, da sie sich auf die Nominalwerte und nicht auf die gezahlten Preise für die Aktien beziehen, so ist doch zu berücksichtigen, daß die riesigen Kapitalserhöhungen nicht mehr in Gold, sondern in Papiermark vorgenommen wurden und daß die Aktien zu einem großen Teil schon Gratisaktien sind. So werden z. B. jetzt bei der Mimosa A.-G. in Dresden den Aktionären für 2 1/2 Millionen Gratisaktien gegeben, die im nächsten Jahr Dividenden beziehen und auf neue Gratisaktien Anrecht haben. Die ungeheuren Gewinnausschüttungen in bezug der versteckten Gewinne bei den verschiedenen Gesellschaften könnten natürlich mit Tausenden und aber Tausenden von Beispielen nachgewiesen werden.

Hilft die Devisenverordnung.

Die Arbeiter können natürlich der vollkommenen Verelendung nicht ruhig zusehen, sondern müssen energische Maßnahmen ergreifen. Die Führer der Gewerkschaften und der SPD. haben nun versucht, die Verelendung der Verhältnisse durch Maßnahmen der Regierung zu verhindern. Die Devisenverordnung, die erste Maßnahme der Regierung, hat mit dem Erfolg gehabt, daß der Dollar in den 14 Tagen ihrer Wirksamkeit auf das Doppelte gestiegen ist, daß die Preise weiter ungeheuerlich erhöht wurden und daß der Reallohn der Arbeiterschaft auf diese Weise weiter gesunken ist. Schon nach wenigen Tagen ist diese Devisenverordnung, deren Unwirksamkeit sogar Barbus in einem Aufsatz in der „Glocke“ zugibt, „verbessert“ worden. Das heißt auf Deutsch, die Kapitalisten haben alles ausgeschaltet, was sie zwar nicht schädigen, aber ihnen irgendwie un bequem werden könnte, und haben die Verordnungen noch unwirksamer gemacht, wenn das überhaupt noch möglich war. Den gleichen Erfolg können sich die Arbeiter von den übrigen bürokratischen Maßnahmen der Regierung und der SPD. versprechen. Es ist daher notwendig, daß die Arbeiterschaft selbst zu anderen Mitteln greift, um irgendetwas Wirkames zu unternehmen. Die Arbeiter haben proletarische Kampforgane in den Kontrollausschüssen gebildet.

Was haben die Kontrollausschüsse bisher erreicht?

Die Kontrollausschüsse, die in sehr vielen Orten schon gebildet wurden, konnten natürlich bisher nur ganz kleine örtliche Erfolge erringen. So haben vor wenigen Tagen die Frauen in Gotha durchgesetzt, daß die Arbeiterfamilien mehr Brotmarken erhielten. In Singen bei Osnabrück hat der Kontrollausschuß durchgesetzt, daß der Brotpreis um 20 Prozent herabgesetzt wurde. In Ahlfeld bei Hannover setzte der Kontrollausschuß gegen den Willen der Behörden die Belieferung der werktätigen Bevölkerung mit Winterkartoffeln zum Preise von 200 M. pro Zentner durch. In Wolfenbüttel bei Braunschweig hat der Kontrollausschuß um 150 Mark pro Zentner Kartoffeln für den Winterbedarf der Arbeiterschaft aufgebracht. In Pinneberg hat der Kontrollausschuß durch Aufhebung von Unterschlagungen im Gasweel eine Herabsetzung des Gaspreises erlangt. In sehr vielen anderen Orten haben die Kontrollausschüsse ähnliche größere oder kleinere örtliche Erfolge für die Arbeiterschaft zu verbuchen. Die „Rheinische Zeitung“, das SPD.-Organ in Köln, das im politischen Teil täglich nicht genug gegen die Kontrolle der Produktion, gegen die „Kommunistische Wache“ usw. schreiben kann, brachte erst vor einigen Tagen die Meldung, daß der Betriebsrat der Eisenbahn einer großen Kartoffelschiebung auf die Spur gekommen war und fügt hinzu, daß solche Schieberungen im Interesse der Arbeiterschaft verhindert werden müßten. Nach dem Sozialteil der „Rheinischen Zeitung“ sind also die Betriebsräte doch nicht so unbedeutend für die Kontrolle, als der politische Teil derselben Zeitung es gerne haben möchte.

Kampf um Kontrolle der Produktion und Preisbildung.

Natürlich bedeuten die kleinen Erfolge der Kontrollausschüsse noch keine tatsächliche Besserung der Lage der Gesamtarbeiterschaft in Deutschland oder die Behebung der Wurzel des Übels. Sie können lediglich als Anfänge der Arbeit, die zu leisten ist, angesehen werden. Täglich aber wird aufs neue die Notwendigkeit der Selbsthilfe der Arbeiterschaft bewiesen, die Mißerfolge der bürokratischen Maßnahmen, die Aufgabe der eigenen Forderungen durch die SPD. insolge ihrer Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik zeigen am besten, daß nur die Arbeiterschaft selbst eine Besserung der Lebensbedingungen erkämpfen kann. Dabei ist es jedem Arbeiter klar, daß auch auf diesem Wege nicht von heute auf morgen ein vollkommener Umschwung eintreten kann, und daß der Kampf sich nicht auf nur wirtschaftliche Forderungen beschränken darf. Der sächsische Landesbetriebsrätekongreß sagt in seiner Resolution zum Kampf der sächsischen Arbeiter:

„Jeder Kampf der Arbeiterschaft zur Sicherung ihrer nackten Existenz ist heute ein politischer Kampf. Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat ist die Voraussetzung für die Rettung der nackten Existenz. Alle Teilkämpfe müssen deshalb zusammengefaßt werden zum Kampf um die Eroberung der Staatsgewalt.“

Der Kampf um die Kontrolle der Produktion und der Preisbildung durch die Arbeiter wird durch die sozialistischen Regierung Sachsens, gemeinsam mit den Kontrollausschüssen durchzuführen:

1. Die Verbilligung der Lebensmittel, insbesondere des Brotes und der Artikel des täglichen Lebensbedarfes (Kleidung, Kohle usw.), durch Beschlagnahme aller Lebensmittelvorräte und Verteilung unter Mitwirkung der proletarischen Genossenschaften.
2. Zur Brechung der Anbauabotage und Preistreiber der Großgrundbesitzer und Großbauern: Kontrolle der Feldbestellung und Beschlagnahme des nicht bebauten, anbaufähigen Landes und Uebergabe an die Landarbeiter zur genossenschaftlichen Bebauung.
3. Feststellung der Produktionskosten, Regulierung der Preise, Kontrolle aller Geschäftsvorgänge: Zu diesem Zweck völlige Aufhebung des Fabrik- und Geschäftsgeheimnisses.

Mit allen Mitteln muß die Arbeiterschaft ihre Forderungen durchsetzen!

G. Fink.

Das Papier kostet das 810 fache.

Berlin, 1. November. Nach vielstündigen Verhandlungen über den Druckpapierpreis erklärte der Vertreter des Reichswirtschaftsministers den Preis von 187 Mark abhängig der auf etwa 25 Mark je Kilogramm zu bemessenden Rückrechnung der Holzstoff- und Zellstoffverbände für angemessen. Somit müssen die deutschen Zeitungen mit der Tatsache rechnen, daß eine Doppelladung Papier vom 1. November ab 1620000 M. kostet, das bedeutet nahezu eine Verdoppelung des ursprünglichen Oktoberpreises und übersteigt den in der zweiten Oktoberhälfte bereits außerordentlich erhöhten Preis um über 600000 Mark. Die Vertreter der Zeitungsverleger erklärten, sie könnten die Verantwortung für diese Preisbemessung nicht übernehmen, ohne daß dadurch allerdings das Endergebnis der Verhandlungen wesentlich verändert sein dürfte. Somit hat der Druckpapierpreis das 810 fache des Friedenspreises erreicht.

Der Papierwucher, der mit der Bewilligung der Regierung im verstärkten Maße fortgesetzt wird, gefährdet aufs höchste die Arbeiterpresse und ermöglicht es dem Großkapital, die kapitalistische Vergiftung der Arbeitermassen durch ihre Presseorgane immer mehr zu erweitern. Aufgabe jedes Klassenbewußten Arbeiters muß es sein, die Arbeiterpresse mehr denn je zu unterstützen. Gegen den unerhörten Papierwucher aber werden die proletarischen Kampforgane eingreifen müssen, da die Regierung vollkommen versagt.

Die munteren Bürger.

T. T. Die „Schlesische Zeitung“, eines der zahlreichen Organe des deutschen Faschismus, gibt ihrer Freude über die Ereignisse in Italien unverbürgt in folgenden Worten Ausdruck:

„Haut der italienische Bürger die Sozialisten in die Hände und greift zu dem Pfannenstiel, um sich seinen Nabel zu schneiden. Das Gerücht, das aus seiner Küche quillt, macht manche Europäer leber. Scharf gemalt und rasch entwickelt, zeugt es von dem Handgriff ihrer Keule. Schon die Franzosen haben so was angerichtet, aber das ging nicht so plöblich und machte weniger Qualm. Französische Regime unterscheiden sich doch von den italienischen. Nur seine Nasen witterten, daß die Arbeiterhochfinanz des Sozialismus schon vor vierzig Jahren eingewickelt wurde, als sie das Wachstum gewaltiger Arbeiterzentren hemmte.“

Das war französische Art. In Italien hatte man dergleichen nicht nötig, denn dort war der Zwingbetrieb die Regel, wie er es größtenteils noch heute ist. Senten der Grobindustrie gibt es dort so wenige, daß man sie an den Fingern abzählen kann und dazu nicht einmal die beiden Hände braucht. Nüchterns steht da der Bürger starken Bataillonen gegenüber, so daß Mussolini mit seinen „Schwarzhemden“ allerwärts durchdringt wie weiland Garibaldi mit seinen „Rohemden“. Nichtsdestoweniger bleibt der Erfolg der Faschisten, die sich dem König selbst als Führer der Nation aufgedrängt haben, ein beachtenswerter Beweis von nationaler Bestimmung und bürgerlicher Tatkraft. Aehnlich ging es aber auch in Frankreich, als die Syndikalisten, trotz aller gegen sie getroffenen Maßnahmen, der bürgerlichen Regierung über den Kopf zu wachsen drohten. Im Kriege würde mit ihnen kurzer Prozeß gemacht.

Das Beispiel einer herzerstrebenden Munterkeit macht also die Europäer aus der Schlesischen Zeitung lecher, jeder darnach, mit den Sozialisten, Syndikalisten, Kommunisten, oder sagen wirs geradeaus, mit den Arbeitern kurzen Prozeß zu machen und so einen beachtenswerten Beweis von nationaler Bestimmung und bürgerlicher Tatkraft zu erbringen. Darin stimmt die „Schlesische Zeitung“ mit der Zeitung „Die Zeit“ überein, welche aus dem Faschismus zur Genugung der Welt lernen will.

Es ist von größter Bedeutung, daß ein Beispiel gegeben wird, was für eine hinreichende Macht eine große Bewegung entfalten kann, wenn sie unabhängig von Staatsformen und Verfassungsformen weiter nichts will und weiter nichts erstrebt als die Größe und Einigkeit in der Nation und wenn sie mit allen Kräften und mit der ganzen Glut des Herzens daran zu arbeiten bereit ist, eine Reinigung des ganzen öffentlichen Lebens herbeizuführen. Darin erkennen wir eine Seite dieser Bewegung, die wohl der Nachahmung und mindestens des Nachdenkens wert ist.“

Unabhängig von Staatsformen und Verfassungsformen soll eine große Bewegung organisiert und nachgeahmt werden heißt aber bei der Deutschen Volkspartei: gegen das Proletariat den Bürgerkrieg führen, weißen Terror zu verhängen, die Diktatur des Kapitals zu errichten.

Aber den deutschen Faschisten, den munteren Bürgern aus der Schlesischen Zeitung, wird des Lebens Freude auch nicht ungenügend zuteil. Zwar freuen sie sich offen und mit ihnen das ganze deutsche Bürgertum im Geheimen an dem italienischen Beispiel, zwar schöpfen sie daraus Trost in dieser Zeit des wirtschaftlichen Zerfalls, des Finanzbankrotts, der wachsenden Sammlung des Proletariats in Kontrollausschüssen und Betriebsräten, aber... ja es hat zwei aber dabei.

Erstens innerpolitisch ist Deutschland doch kein Italien. Zwar leisten die deutschen Sozialdemokraten bis heute der Urgeißel dieselben Dienste, wie Turatti und seine Freunde durch ihr feiges Nachgeben dem sich organisierten Faschismus geleistet haben. Aber hier gibt es doch die vielen großindustriellen Arbeitszentren, die starken Bataillone der Arbeiterschaft, denen keine Urgeißel und Leno widerstehen können. Und deswegen ist es begreiflich, daß die „Schlesische Zeitung“ ihren freudig angefangenen Artikel plarrend endet:

„So wenig wir Anlaß haben, uns für den Sozialismus zu erwidern, sind es doch gewisse Gefühle mit denen wir ihn seinem Schicksal entgegenzu sehen. Daß er mit seinem Programm bankrott gemacht hat, ist seinen berufenen Vertretern selbst schon bewußt. Bemerkt er aber jetzt im Ruin unserer Wirtschaft, daß er herbeiführt, so trifft die Not auch uns.“

Das heißt zu deutsch: Ohne die Sozialisten werden wir es nicht schaffen die deutsche Arbeiterschaft niederzuhalten, ihre Aufhebung zu brechen. In Deutschland geht es noch nicht mit der offenen Diktatur Mussolinis, da brauchen wir noch Sozialisten zur Zügelung der Massen. Und um dies den Sozialisten selbst recht begreiflich zu machen, gebraucht die Schlesische Zeitung die Sprache des ADGB, der Sozialdemokratie selbst. Der „Schwarze Mann“ ist rasch bei der Hand:

Der Faschismus wird dann wieder jähzornig. Selbst in Italien dürfte man aus dem, was die Faschisten ausführen, keine reine Freude entnehmen. Dem Faschismus soll und deutsche Freude werden darunter leiden. Das wilde Spiel der Kräfte, das man sich recht erdreistet, bleibt nur die Gefahr, daß der deutsche Bürger munter werden und sich selbst helfen muß. Der Faschismus wird sich selbst überwinden, aber ihn und die Bande seiner Begehrlichkeiten zu helfen, das kann nicht ohne einen neuen Faschismus in die Hände gehen und die Arbeit mangeln. Wir denken an Gottfried Keller's Wort: „Keine Regierung und keine Parteilose vermögen Recht und Gerechtigkeit zu schaffen, wo der Bürger nicht imstande ist, selber vor die Hand zu treten und nachzugehen, was ihm ist.“

Strenge die Faschisten jetzt auch in ihrem Angebiete, so vermögen sie auf ihre schon ererbte Weise, mit der Arbeiterschaft fertig zu werden. Nicht nur auf sondern durch ein Hindernis von 20000 Mann, um einzuwirken. Doch hat die Regierung für Frankreich noch war, wenn der Betrieb der Zeichen und Spalten fortgesetzt und möglichst nach verhandelt wird. Der Faschismus hat die französische Regierung in eigener Sache schon überwinden. In Rheinland-Preußen wird sie nicht können, die Regierung zu erzwängen, die die Gewerkschaften bisher hier in Rheinland und aus eigener Kraft überwinden. Dorthin nicht zu gehen gewillt sind. In Köln hat die Sozialisten. Strenge die Faschisten, wenn es an den Zeichen, ist rasch Vogel über sich.

Die armen Parteifreunde des Herrn Hugo Stinnes! Zuerst verkaufen sie die deutschen Kohlen, Wälder, und die deutsche Arbeitskraft für gute gülbne Francs und drohen nachher mit dem Franzosen als Fronherrscher. Dieses Manöver ist jedoch zu durchsichtig. Das Sauere am italienischen Faschismus ist nur, daß er für die deutsche Urgeißel zu hoch hängt. Deshalb die Furcht, der Ebert-Nakle-Sozialismus könnte verenden, die Anspielung an die Diktatur ist nur so nebenbei — die Gelegenheit muß man ja ausnützen, übrigens führt sie auf diesen Gedanken das zweite aber, daß ihnen ihre aufrichtige Freude verdirbt.

Dieses zweite Paar im italienischen Faschismus ist, daß er ebenso nationalistisch ist wie die deutschen Faschisten selbst. So gerne sie also innenpolitisch das italienische Programm durchführen möchten, wenn sie nur könnten — die „Schlesische Zeitung“ zweifelt vorläufig an den Kräften der treuenteutschen munteren Bürger und zieht deshalb die Ebertrepublik vor — so feindsich stehen sie sich außenpolitisch gegenüber. Südtirol soll italienisiert, Südschweiz soll italienisch werden, Deutschösterreich soll nicht an Deutschland angegliedert werden. Deswegen schreibt „Der Tag“, der den Faschismus über die ganze Welt verbreitet haben möchte, ein paar Zeilen darauf:

„Er solle nicht daran gehen, Angehörige fremder Jungen zu knechten und zu quälen und einer uferlosen Eroberungspolitik nachzugehen. Der Faschismus kann ein Segen werden, wenn er diese Grenzen achtet.“

Doch das Wesen des Faschismus, des deutschen, italienischen, polnischen oder tschechoslowakischen, besteht ja gerade darin, daß er diese Grenzen nicht achten kann, denn er ist der verkörperte Imperialismus, er bedeutet weißen Terror im Innern, neuen Völkermord, neuen Weltkrieg nach außen. Für die Arbeiterschaft der ganzen Welt bedeutet der Faschismus die größte Gefahr, gegen die sie geeint über alle Grenzen rüsten muß, um sie geeint zu schlagen!

General Hoffmann, der Weitblickige.

Die „Breslauer Zeitung“ veröffentlicht einen Artikel, der sich mit dem Treiben dieses großen Mannes gegen Sowjetrußland beschäftigt. Wörtlich schreibt das Organ der Demokratie:

General Hoffmann hat einem Berichterstatter des Echo de Paris gegenüber vor Unterhandlungen mit der Sowjetregierung gewarnt. Man würde sonst große Enttäuschungen erleben, wie sie Deutschland nach dem Frieden von Brest-Litowsk sprich. Sein Verhalten bei den damaligen Verhandlungen hat die übelste Stimmung bei unseren Bundesgenossen erregt und uns im übrigen Ausland den letzten Rest von Sympathien gekostet. Der Schreiber dieser Zeilen hat in jener Zeit besonders die amerikanische Presse aufmerksam verfolgt und kann nur sagen, daß alle Zeitungen Amerikas, die bis dahin dem Krieg gegen Deutschland ungerne mitgemacht hatten, nach jenem Auftreten des Generals Hoffmann und erst recht später nach dem Abschluß des Friedens kurz lehr machten und nun dafür eintrat, daß jener Mann daran zu gehen, um dieses Deutschland wiederzugewinnen.

Der General bezeugt sich aber nicht damit, daß er vor Verhandlungen mit Rußland warnt, er verlangt auch ein aktives Vorgehen gegen die Sowjets. Er sagt, daß durch die Politik Moskaus alle Staaten des europäischen Kontinents bedroht seien und daß deshalb eine Zusammenarbeit aller weissen Völker erforderlich sei, um die Sowjetregierung zu stürzen.

Uns interessieren die weiteren Überlegungen des bürgerlichen Blattes an und für sich wenig. Summe hin stellen wir zweierlei fest: Erstens, daß die deutschen Bürgerlichen aller Schattierungen geleert haben die Sowjetmacht als einen realen Machtfaktor zu schätzen, sodass sie angestrebt vermeiden möchten, daß ein Keil zwischen Deutschland und Sowjetrußland getrieben wird. Zweitens, daß die Leute vom Schlage Hoffmanns und Ludendorffs nichts anderes sind als die deutschen Mussolini, und daß es nur von der deutschen Arbeiterschaft abhängt, sie ihre Näse nicht verwirlichen zu lassen.

Die Reparationskonferenz.

Am 31. Oktober fand in Brüssel die erste Sitzung der Reparationskommission mit der Reichsregierung statt. Der Reichkanzler erklärte in seiner Eröffnungsrede, daß deutsche Volk, dem Rohrzugmittel und Kohlen fehlen, ließe vor einem furchtbaren Winter des Hungers und der Kälte. Um Leistungen aus Deutschland herauszuholen, muß erst die lokale Wirtschaft geheilt werden. Das Kernproblem sei eine Stabilisierung der Währung und der Ausgleich des Budgets. Nur eine schnelle Aktion könne die Lage retten. Der Vorsitzende der Reparationskommission erwiderte, die Rede des Reichkanzlers habe nur Fragen aufgeworfen, aber keine Lösung gezeigt. Diese Lösung müsse aber rasch gefunden werden. Die Reparationskommission sei gekommen, um diese Lösung zu finden.

In der am 1. November stattgefundenen Besprechung zwischen dem Mitglieder der Reparationskommission und den Delegierten der deutschen Regierung erwiderte der Reichsfinanzminister seine Zustimmung über die Umstände, welche in Betracht zu ziehen sind, wenn einer weiteren Verkleinerung der Mark nachhaltig entgegenzutreten und ein ruhiges Verhältnis zwischen Gewährung und Ausgabem im Reichsbudget hergestellt werden soll. Die Verhandlungen werden morgen nachmittags fortgesetzt.

Demgegenüber hat der Reichsanwalt Dr. Hildebrandt in einer Sitzung des Zentralausschusses der Reichsregierung vom 28. Oktober die Einsetzung des Reichsanwalts als die Aufgabe von Vermögensgegenständen als völlig unzulässige Mittel zur Erfüllung der Mark verurteilt. Die Sozialdemokratie ist zu Beginn der Berliner Reparationskonferenz assiduell abwesend geworden. Der Reichsanwalt sagt nur zu Brüssel, es handle um hohen Grade um den Gehalt der deutschen Unterhändler ab, welches Resultat die Konferenz bringe. Von einem positiven Programm der Sozialdemokratie ist kein Wort mehr zu vernehmen. Das ist auch angesichts des völligen Bankrotts der sozialdemokratischen Sozialpolitik verständlich. Die Sozialdemokratie weiß, daß sie in die Reparationskonferenz nicht mehr hineinkommen wird. Um das Reparationsgeschäft freier sich verschleppen zu lassen, haben die Sozialdemokraten sich in dieser Verhandlung mit dem französischen Kapital sich die größeren Privilegien zu sichern.

Das Industriekapital ist bereit, die Kontrolle der Produktion der französischen Bourgeoisie zu übertragen und sogar einen Teil den Sachwerte in zu zu liefern, wenn sie entsprechende Vorteile, vor allem die Sicherung ihres Profits und ihrer völligen Steuerfreiheit und die Unterstützung der Auslandskapitalisten gegen das deutsche Proletariat erhält. Das Finanzkapital ist bereit, sich an der „Stützungaktion“ der Mark zu beteiligen, wenn es dadurch die letzte Goldreserve der deutschen Wirtschaft in die Hände bekommt und verwirlichen kann.

Der kleinbürgerlichen Regierung bleibt nichts anderes übrig, als sich dem Diktat der vereinigten In- und ausländischen Kapitalisten zu beugen, auf ihren Befehl das Proletariat mit neuen ungeheuerlichen Steuerlasten zu bedrücken, die Staatseinkommen zu verpfänden, die Staatsbetriebe zu verschachern und die Schwerindustrie für ihre patriotischen Dienste mit der politischen Machtvollkommenheit zu belohnen. Das alles geschieht unter Mit Hilfe der Sozialdemokratie, die genau weiß, welche furchtbaren Folgen diese Manipulationen für die Arbeiterschaft haben werden, die aber mit ihrer Arbeitsgemeinschaftspolitik und ihren parlamentarischen Kompromissgeschäften darauf an die Bourgeoisie gefestigt ist, daß die Arbeiterklasse vom ihr die Führung eines Kampfes nicht mehr erwarten kann. Will die Arbeiterschaft die Wirtschaftswerte, die sich nach dem kleinbürgerlichen Plan unter den Händen der Bourgeoisie verflüchtigen sollen, zur Rettung der Wirtschaft und der eigenen Lage heranziehen, so kann sie das nur im Kampfe um die Kontrolle der Produktion und der Verteilung. Und in diesem Kampfe kann die Arbeiterklasse nur auf die selbstgeschaffenen Klassenorgane der proletarischen Selbsthilfe rechnen.

Lenins erste Rede.

Wohls Telegraphenbüro meldet aus Moskau vom 31. 10. In der Sitzung der vierten Tagung der allrussischen Zentralkomitee hielt Lenin eine Rede, die vom Arbeiter der vom April bis September abgehaltenen Tagung gewidmet war.

Er begrüßte zunächst die Besetzung des Fernen Ostens durch die Rote Armee als Sieg über die letzte Reste der Gegenrevolution. Er sagte, die Räumung des Fernen Ostens sei gleichzeitig ein Sieg der russischen Diplomatie, die auf der bevorstehenden Konferenz von Lausanne hoffentlich ebenso erfolgreich die Rechte der Sowjetrepublik vertreten werde, wie wenigstens den Völkern die wahren Hindernisse zur Verwirklichung der gerechten Forderungen Rußlands zeigen werde. Lenin betonte die Bedeutung des von der Tagung angenommenen Arbeitskodex, der die Unantastbarkeit des Achtundtags und andere Grundlagen der Arbeitergesetzgebung in dem Augenblick kategorisch festlegte, in dem die internationale Bourgeoisie zur Offensive gegen die Arbeiterklasse übergehe. Das industriell zurückgebliebene Rußland werde in kurzer Zeit das kapitalistische Ausland technisch einholen und zwar in einem Tempo, das dem Ausland unbekannt sei. Durch Annahme des Bodenkodex hat die Sowjetmacht neuerlich den Interessen der Bauernschaft Rechnung getragen und das Bündnis zwischen Bauern und Arbeitern gestärkt. Das neu angenommene Gesetz über das Gerichtsverfahren könne dem Ausland als Beispiel vorgehalten werden. Die Sowjetmacht werde die Grenzen zwischen den gerechten Forderungen der Bürger im Zusammenhang mit der neuen Wirtschaftspolitik scharf ziehen. Die Vervollkommnung des Verwaltungsapparats und die Bekämpfung der Bürokratie bleibe eine wichtige Aufgabe, die mit dem Aufschwung der Arbeitermassen zu einer höheren Kulturstufe gleichbedeutend sei.

Die Ausführungen Lenins fanden stürmischen Beifall. Hiermit hat Lenin nach langem Krankenlager seine Tätigkeit wieder aufgenommen.

Der Kampf gegen die Faschisten.

Die faschistische Koalitionsregierung.

In dem neuen Faschistenministerium sind alle bürgerlichen Parteien vertreten, wobei sich die Faschisten sowohl in den Ministerien als auch in den Staatssekretariaten die wichtigsten Posten vorbehalten. Mussolini erklärte, er hoffe, daß sogar die Rechtssozialisten an seiner Regierung später teilnehmen werden.

Ueber die Haltung der Arbeiterschaft liegen nur sehr spärliche Berichte vor. In dem römischen proletarischen Stadtviertel Tiburtino kam es zwischen Faschisten und Arbeiterschaft zu einem Zusammenstoß, wobei nach Zeitungsmeldungen 8 Tote und eine große Zahl Verwundete zu verzeichnen sind. Auch an anderen Orten Latiums kam es zu blutigen Zusammenstößen, wobei 14 Personen getötet wurden. Am Tage des Einzuges der Faschisten in Rom sollen außerdem noch eine Anzahl Arbeiter getötet worden sein. Einer „Havas“-Meldung zufolge wurden in vielen Ortschaften die Kommunistenführer von den Faschisten verhaftet. Eine Reihe sozialistischer Führer sind in verschiedenen Städten verhaftet.

Gewerkschaftsführer gegen den Generalfreik.

Ueber die Stellungnahme der Arbeiterparteien liegen sehr widersprechende Meldungen vor. Einer bürgerlichen Korrespondenz zufolge arbeiten sie eifrig an einer Aktion gegen die Faschisten. Die Zeitung der kommunistischen Partei habe den Gewerkschaftsbund aufgedeckt, den sofortigen Generalfreik zu proklamieren. Die übrigen Arbeiterparteien und der Gewerkschaftsbund sollen sich jedoch gegen den Generalfreik erklärt und der Gewerkschaftsbund das Proletariat aufgefordert haben, die wenigen Parteien und Agitatoren, die einen Generalfreik propagieren (!) wollen, mit Mühen zu betrachten!

Ein SS-Bericht aus Rom bestätigt, daß die Gewerkschaftskommission in einer Bekanntmachung die italienischen Arbeiter warnt, dem Aufruf der Kommunisten zum Generalfreik Folge zu leisten. Die Arbeiter werden aufgefordert, Ruhe zu bewahren und der Zukunft zu vertrauen (!).

Die Selbstwehr des italienischen Proletariats.

Wie die Wiener „Jungworte“, unser französisches Bruderorgan meldet, hat das „Komitee der proletarischen Abwehr“ in Parma an die italienische Arbeiterschaft einen Aufruf erlassen, in dem alle proletarischen Organisationen aufgefordert werden, zu einer Konferenz zusammenzutreten, an der die Organisation der proletarischen Selbstwehr gegen den Faschistenterror besprochen werden soll. Als Beispiel dieser Abwehrorganisationen soll die des Parmaner Proletariats dienen, das gegen den faschistischen Terror nach 14 Monaten längerer und vorsichtiger Arbeit eine straff organisierte und militärisch organisierte, in militärische Werkstätten geteilte und bewaffnete Arbeiterarmee geschaffen hat, die auch schon verschiedene faschistische Unternehmungen erfolgreich entgegengetreten ist.

Das Komitee erklärt, daß dem Faschismus nur mit gleichen Waffen entgegengetreten werden kann, und daß die Proletariatsorgane des weissen Terrors die Arbeiterklasse über all zum Kampfe zwingen.

Schlesische Rundschau.

Freiheit oder Tod.

Hungerstreik im Görlitzer Zuchthaus.

Die politischen gefangenen Arbeiter im Zuchthaus Görlitz sind in den Hungerstreik getreten. Seit 28. Oktober hängen diese der Klassenjustiz zum Opfer gefallenen Revolutionäre bereits und sind bereit, im Hungerstreik zu verharren bis ans Ende oder bis ihnen die Freiheit wieder gegeben ist. Sie richten den nachfolgenden Hilferuf an die proletarischen Schlesiens.

Wir haben uns gezwungen gesehen, in den Hungerstreik zu treten, um das äußerste Mittel zu versuchen, unsere Entlassung aus der schmachvollen Zuchthaushaft zu erzwingen. Wir wenden uns an keine Instanz mehr und verlassen uns nicht auf diese.

Wir wenden uns an die Arbeiter, unsere Genossen, die in der Freiheit leben. Wir haben damals, als die Arbeiterschaft nach dem Raifensmord allgemein die Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen verlangte, der Gefangenen, die von einer brutalen und parteiischen Klassenjustiz zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden waren, wohl die Stimmen gehört, die für uns eintraten. Wir haben auch die Anträge, zu Taten überzugehen, und wenn nicht anders, so mit Gewalt unsere Freilassung zu erzwingen, wohl erkannt. Doch wieder mal ist es gelungen, die Arbeiter mit Versprechungen und Verheißungen auf die denkbar friedliche Lösung der Angelegenheit hinzuführen. Man nahm in den Parlamenten ein Schein-Amnestiegesetz an, welches einem ganz geringen Bruchteil der proletarischen politischen Inhaftierten Straffreiheit gewährte. Meist Kampfgesellen, die ihre Strafe schon verbüßt hatten, aber denen nur geringe Reststrafen noch verblieben. Also bei Kämpfern, denen die brutale Justiz von vornherein nicht den Hals umdrehen konnte.

All denen aber, die wegen offenen Kampfhandlungen zu schweren Strafen verurteilt worden waren, versagte man die Amnestierung. Um jedoch etwas Besonderes des guten Willens zu tun, setzte man sogenannte

Amnestieausweise aus, die alle Fälle nachprüfen hatten und die sich für eventuelle Gewährung von Straffreiheit aussprechen konnten. Monats sind seitdem vergangen!

Die Genossen haben das ihnen als Recht zuerkannte Anrufen der Ausschüsse für sich in Anspruch genommen. Und das ist auch die Ursache der unermesslichen Not und Drangsal aller.

Wir erheben noch einmal Protest dagegen! Man soll uns hören. Wir kämpfen einen Kampf mit den letzten Waffen, die uns verbleiben. Wir wollen hungern, und sei es bis zum Ende.

Wir fordern alle Genossen und das gesamte Proletariat zum Kampf aufzunehmen!

Mit uns! Für uns! Wie wir für sie! Sie für das andere! Alle für alle!

Die politischen Gefangenen im Zuchthaus Görlitz. Angehörige der BSW, USW, RSW, KSW.

Ergreifend hallt die Stimme der eingekerkerten Brüder in Ohr der schlesischen Arbeiterschaft. "Wie wir für euch kämpfen, so sollt ihr nun für uns kämpfen!" So rufen die in Görlitz gefangenen, gehaltenen Revolutionäre den Arbeitern zu.

Bereits den 6. Tag stehen die politischen Gefangenen im Görlitzer Zuchthaus im Hungerstreik. Sie wollen sich der Schikane des republikanischen Strafollzugs erwehren. Im Bild davon, wie dieser Strafollzug verhalten muß, erlangene Proleten zu peinigen, gibt folgender Brief:

Görlitz, den 29. Oktober 1922.

Werte Genossen!

Wenn Ihr diesen Brief erhaltet, befinden wir uns schon im Hungerstreik. Wir sind nur acht Mann hier. Also eigentlich wenige. Wer das soll uns nicht scheuen. Zwei der Genossen hungern schon seit gestern. Sie sind zudem im Arrest. Man hat einige Briefe von ihnen erhalten. Das ist belanglos, kam und kommt öfters vor. Es liegt daran, daß die Beamten Genossen sich nicht zur Verfügung stellen. Dessen ungeachtet finden wir doch Mittel und Wege, die die anderen nicht zu suchen brauchen für die "Rechten" stellen sich niedere und höhere Beamte bereitwillig zur Verfügung. Die haben Klassenbewußtsein und hohen Solidarität. Also, nun ist es gleich, ob wir Unterstützung von draußen finden oder nicht. Doch

Wir warten, warten, warten.

Ihr müßt ja wissen, was Ihr zu tun habt, was Eure Pflicht ist: uns zu helfen. Einem Genossen von uns ist jetzt schon der Bescheid zuteil geworden, daß der Amnestieausweis ihn nicht zur Befriedigung vorschlagen konnte, da seine Strafe zu hoch sei. Er wird auf später vertröstet. Das nur nebenher.

Ich bleibe mit kommunistischem Gruß als Genosse (Unterschrift): Arbeiter, Klassengenossen! Laßt eure hungernden Brüder nicht im Stich! Gilt ihnen zu Hilfe. Ihr, Arbeiter, die ihr noch der BSW angehört, könnt am ehesten Hilfe bringen. Zwingt euren Genossen Radbruch, die in Görlitz

Offener Brief an den Bergarbeiter-Verband

Offen, den 27. Oktober 1922.

In den Hauptberufsbund des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands in Bochum, Wimmelhausen Straße. Werte Genossen!

Des öfteren und wir schon am Such herangekommen mit der Aufforderung, gemeinsam den Kampf gegen die Verelendung der Bergarbeiterschaft aufzunehmen. Ihr habt bisher jedesmal unsere Forderungen abgelehnt. Heute, da die Bergarbeiterschaft sich in größerem Glend befindet und von größeren Gefahren bedroht ist, als jemals seit Beendigung des Krieges, wenden wir uns neuerlich an Euch mit der Aufforderung:

gemeinsam mit uns den Kampf aufzunehmen gegen die Verelendung der Bergarbeiterschaft und ihre völlige Entrechtung und Ausbeutung.

Ihr habt für die zweite Hälfte des Monats Oktober eine Lohnerhöhung von 100 Prozent gefordert. Dies ist bei einem Dollarkurs von über 4000 Mark eine minimale Forderung, die die zum Klassenkampf entschlossene Bergarbeiterschaft durchsetzen kann, wenn sie geschlossen vorgeht. Der Schiedspruch, der am 25. Oktober in Berlin gefallt worden ist, lehnt jede Lohnerhöhung für die zweite Hälfte des Oktobers ab. Er bietet der Arbeiterschaft nur eine Lohnerhöhung von 50 Prozent ab 1. November, die überdies nicht für alle Bergarbeiter gelten soll.

Dieses Verhalten der Bergherren bedeutet nichts anderes, als eine freche Provokation der Bergarbeiter, die nur dadurch zu erklären ist, daß die Unternehmer auch heute noch auf die Hilfe der in der Arbeiterschaft befindlichen Verbände rechnen zu können glauben. Schon vor Monaten hat den deutsche Gewerkschaftskongress in Leipzig sich für ein Ausschneiden aus der Arbeiterschaft ausgesprochen. Die Gründe, die damals für diesen Beschluß angeführt werden konnten, sind inzwischen durch die rasend zunehmende Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft tausendfach bestätigt und bekräftigt worden. Das gilt in ganz besonderem Maße von den Verhältnissen, unter denen die Bergarbeiter leben.

Wir richten deshalb den dringenden Appell an Euch, der Arbeiterschaft mit dem Unternehmertum unverzüglich den Rücken zu kehren.

Vielleicht, daß Ihr dadurch auch aus der Arbeiterschaft mit dem schrittlichen Bergarbeiterverband losgelöst würdet, einem Verbands, der seiner ganzen Tradition nach nur wenig auf einen wirklichen Kampf gegen das Unternehmertum eingestellt ist. Dafür würdet Ihr aber die Arbeiterschaft mit der Union der Hand- und Kopfarbeiter eintauschen können; die einzige Gemeinschaft, die Euch wie uns die Möglichkeit geben würde, mit weitgehendster Aussicht auf Erfolg den uns von den Unternehmern ausgehenden Kampf aufzunehmen und bis zum gutem Ende durchzuführen.

Weder Ihr, noch wir sind heute allein imstande, einen auskömmlichen Lohn für die Bergarbeiter zu erkämpfen. Wenn aber die Massen des Bergarbeiterverbandes mit denen der Union der Hand- und Kopfarbeiter gemeinsam zum Kampfe vorgehen, dann muß es uns gelingen, die jetzigen Glendlöhne zu befestigen und die notwendigen Reallohne zu erkämpfen. Die Union der Hand- und Kopfarbeiter ist zu einem solchen geschlossenen Vorgehen bereit und fordert Euch zum gemeinsamen Kampfe um höhere Löhne auf.

Marxismus ist Mordbrot, hat Jue der Bergarbeiterschaft tausendmal gesagt.

Der Schiedspruch vom 25. Oktober will jetzt ein offenes Morde und Mordbrot im Bergbau einführen. Die Bergarbeiter, deren Rechte so verachtet und ausgehöhelt sind, daß sie bei der achtstündigen Arbeitszeit kaum mehr leisten können als in sieben Stunden, sollen durch Prämien zum Raubbau in ihrer Arbeitskraft verleitet werden. Das durch den Schiedspruch vorgeschlagene Prämienystem würde das heutige Anreizsystem ins unerträgliche steigern, wenn diesen Schiedspruch angenommen würde; es müßten das Sechsfache von Bergarbeitern jährlich mit ihrem Leben und ihrer Gesundheit bezahlen. Die Zahl der Unfälle würde sich ungeheuer vermehren, die Lebensdauer des ewig gepeinigten und getriebenen Bergarbeiters wäre noch mehr verkürzt.

Wir fordern Euch auf zum gemeinsamen Kampf gegen dieses neue Morde.

Als Ihr, der Vorstand des Bergarbeiterverbandes, im September das Ueberschichtenabkommen mit den Bergherren vereinbart habt, ward Ihr trotz unserer Warnungen in der irrthümlichen Annahme, daß Ihr dadurch den Wert des deutschen Geldes erhöhen könntet. Damals hatte der Dollar einen Wert von etwa 1500 Mark. Heute, nach ungefähr zwei Monaten, steht der Dollar auf 4500 Mark. Ihr müßt einsehen, daß es Wahnwitz ist, zu glauben, daß auf solchem Wege der Wert des deutschen Geldes gehoben werden könnte. Die schweren Opfer, die die Bergarbeiter gebracht haben, sind vollkommen umsonst, sie haben nur eine einseitige Folge gehabt und zwar: Das Kapital ist heute noch frecher und aggressiver geworden und verlangt noch mehr Opfer von den Bergarbeitern wie der gesamten übrigen Arbeiterschaft. Das Kapital ist am Werke, den Achtstundentag zu befestigen und verlangt auch von allen übrigen Arbeitern Aufgabe ihrer durch die Revolution erkämpften Arbeitszeit, unter Berufung darauf, daß die Bergarbeiter ihre Siebenstundenschicht freiwillig aufgegeben haben.

So spielt das Kapital eine Arbeitergruppe gegen die andere aus. Wenn die Bergarbeiter sich eine Arbeitszeitverlängerung noch weiter gefallen lassen, kann ihnen die

Verant an der gesamten deutschen Arbeiterschaft und erschweren ihr die Verteidigung des Achtstundentages. Wenn aber erst einmal den Metallarbeitern und anderen Arbeitergruppen der Achtstundentag geraubt sein sollte, dann wird es auch für die Bergarbeiter kaum mehr möglich sein, sich die Siebenstundenschicht wieder zu erringen.

Deshalb fordern wir Euch auf, das Ueberschichtenabkommen zu kündigen und mit uns gemeinsam einen Kampf zur Sicherung der Siebenstundenschicht gegen alle tarifmäßigen und wilden Ueberschichten zu führen.

Mögen überall sofort Belegschaftsversammlungen stattfinden, die Stellung nehmen zu den oben erwähnten Punkten. Wir sind überzeugt, daß die gesamte Arbeiterschaft es mit Freuden begrüßen würde, wenn der Bergarbeiterverband mit der Union gemeinsam den Kampf aufnimmt.

Gegen das Antreibsystem! Gegen Verlängerung der Arbeitszeit! Für Erhöhung der Realöhne!

Mit uns wartet die Bergarbeiterschaft auf Eure Antwort. Hoffentlich seid Ihr diesmal bereit zu der vorgeschlagenen gemeinsamen Abwehraktion und zur Beratung über die Schritte, die zu tun sind.

Mit Glückauf! Die Reichszentrale der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands.

Wir warten, warten, warten.

Ihr müßt ja wissen, was Ihr zu tun habt, was Eure Pflicht ist: uns zu helfen. Einem Genossen von uns ist jetzt schon der Bescheid zuteil geworden, daß der Amnestieausweis ihn nicht zur Befriedigung vorschlagen konnte, da seine Strafe zu hoch sei. Er wird auf später vertröstet. Das nur nebenher.

Ich bleibe mit kommunistischem Gruß als Genosse (Unterschrift): Arbeiter, Klassengenossen! Laßt eure hungernden Brüder nicht im Stich! Gilt ihnen zu Hilfe. Ihr, Arbeiter, die ihr noch der BSW angehört, könnt am ehesten Hilfe bringen. Zwingt euren Genossen Radbruch, die in Görlitz

schwachsten Arbeiter zu befreien! Erfüllt eure revolutionäre Pflicht!

Laßt eure Klassengenossen nicht verhungern!

Die schlesischen Gastwirte fordern.

Bürgerliche Breslauer Zeitungen melden: Die Arbeitsgemeinschaft sämtlicher Gastwirte-Bereinigungen von Breslau und Umgebung hatte bekanntlich in einer Protestversammlung am Montag gegen das Alkoholverbot des Oberpräsidenten für die Provinz Niederschlesien Stellung genommen und eine Entschiedenheit angenommen, die dem Oberpräsidenten überreicht werden sollte. In dieser Entschiedenheit waren folgende Forderungen aufgestellt:

In dieser kleinen Höhle, die durch halb verfallene Wände und eine niedrige, schwer lastende Decke eingengt wurde, empfand man stets den Mangel an Luft, Licht, Wasser, Brot, Zucker und vielen anderen Dingen; aber dafür ging es darin um so fröhlicher zu, und an jedem Abend wurden da viele edle Empfindungen und jugendlich naive Gedanken geboren.

Bisweilen nahm auch Veriljtscha an der Seesellschaft teil. Gewöhnlich sah er in einem dunklen Winkel des Zimmers auf einer Art Gestell neben dem heftigen, halb in die Erde eingelassenen Ofen, oder er kletterte auf den Ofen selbst hinauf und ließ seinen Kopf ins Zimmer hineinhängen, daß man, wenn er sprach oder lachte, seine kleinen weißen Zähne durchs Dunkel schimmern sah. Seine Tochter reichte ihm eine große Kanne Tee, ein Stückchen Zucker und Brot; er nahm lächelnd das Dargebotene und sagte:

Danke ganz ergebenst, Marja Veriljtschna. Bin tief gerührt von Ihrer Güte ...

Manchmal rief er mit einem neidischen Seufzer:

Ihr lebt wirklich famos, Kinder — daß euch das Mäuselein heißer Seht nett — ganz und gar wie Menschen!

Und dann fuhr er, lächelnd und seufzend zugleich, also fort:

Das Leben der Menschen wird immer schöner ... von Jahr zu Jahr angenehmer wird! Ich hab in euren Jahren mich nur mit dem Knirren unterhalten. Er fuhr mir immer streichelnd über den Rücken — und ich hulte vor Berggängen, so laut ich konnte. Hörte der Knirrenen aus, dann wurde mein Rücken böse, er begann zu schmerzen und zu quallen, hatte Sehnsucht nach seinem lieben Freunde. Ja, er ließ mich lange auf sich warten — es war nämlich ein Jahr gefühllos Knirrenen. Das war meine ganze Unterhaltung in der Verzweiflung, bei Gott! Ihr werdet nun bald größer, werdet immer gern zurückdenken ... an die Gespräche, die beschriebenen Vorformulare, und das ganz gemüthliche Leben hier. Und ich bin groß und alt geworden — sechsunddreißig Jahre zähle ich schon — und habe nichts, woran ich mich erinnern könnte! Nicht nen Funken! Gar nichts ist in meinem Gedächtnis geblieben. Als ob ich taub und blind gewesen wäre in meinen jungen Jahren ... Nur davon erinnerte ich mich, daß mir immer vor Hunger und Kälte die Zähne im Munde geklappert haben, und daß ich blaue Flecke im Gesicht hatte ... Wie meine Knochen, meine Ohren und Haare heiß bleichen konnten — das kann ich nicht begreifen. Gehauen haben sie mich, daß die Federn flogen — mit Verlaub zu sagen.

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki.

Die Menschen standen schweigend und unbeweglich da, und es lag in ihrem Schweigen eine gewisse Sinnlosigkeit, als ob jeder von ihnen bemüht wäre, deselbe zu denken, das auch alle anderen dachten. Die Wogen des Gefanges schwebten durch das Gotteshaus zugleich mit den Wolken des Wehrauchs, und bisweilen schien es Ija, daß auch er selbst mit den Sonnenwellen emporgetragen werde und in den weichen, süßen Lüften hoch oben im Kirchenraum dahinzuwehbe. In der ersten, feierlichen Stimmung, die das Gotteshaus füllte, lag etwas so Friedliches, das der Seele wohlthat, es so ganz verstreuen war von dem Wirrwarr des Lebens und gar nicht mit ihm vereinbar schien. Anfangs blieb der Gedanke an Ijas Seele gefordert von den sonstigen Erinnerungen des Alltagslebens, er vermischte sich mit ihnen nicht, und bemerkte ihn gar nicht. Dann aber war's ihm, als ob in seinem Herzen etwas lebte, das ihn gleichsam beständig beobachtete. Es hieß Iheu und ängstlich in irgendeinem Winkel seines Herzens verdeckt, wenn er seinen gewohnten Beschäften nachging, begann jedoch in seiner Seele zu wachsen, wenn er in die Kirche kam, und rief in ihm einen ganz feststehenden, beunruhigenden Gedanken hervor, der seinen Träumen an einem behaglichen, ruhigen Leben entgegengesetzt war. In solchen Momenten fühlte ihm stets die Erzählungen vom Aufsteher Antipa und die frommen Reden des alten Quamenkammers vom lieben Gott ein.

Der Herr sieht alles, kennt aller Dinge Maß! Außer ihm gibt es keinen!

Doll innerer Anruhe und Bestürzung kam Ija nach Hause, in dem Gefühl, daß sein Zukunftsraum mehr und mehr verfliehe, und daß in ihm selbst irgendein Femand stecke, um die Sehnsucht nach dem kleinen Galanteriewaren-Geschäft zu wecken. Aber das Leben machte kein Recht geltend, es rief nicht wieder in die Tiefe seiner Seele unter ...

Jakov, mit dem sonst Ija über alles mögliche zu reden pflegte, erfuhr nichts von dem Zwiebelk in seiner Seele. Ihm kam diese Zwiebelk nur unwillkürlich zum Bewußtsein — niemals konnte er freiwillig keine Gedanken auf jene unbegreifliche Empfindung.

Seine Abende brachte er sehr angenehm zu. Wenn er aus der Stadt heimkehrte, ging er in den Keller zu Marja und sagte sie, wie wenn er der Herr im Hause wäre.

Und der Samowar war schon bereit und stand brodelnd und singend auf dem Tisch. Ija brachte stets etwas Lederes mit: Krugeln oder Pfefferkuchen oder gar Singmüchtes, und Marja bewirtete ihn dafür mit Tee. Das junge Mädchen hatte gleichfalls angefangen Ged zu verdienen: Matiza hatte sie gelehrt, Blumen aus Papier zu machen, und es bereicherte Marja Bergnügen, aus den feinen, rauschenden Blättchen rote Rosen zusammenzusetzen. Sie verdiente bis zu 10 Kopeken an einem Tage. Ihr Vater war am Syphus erkrankt, hatte über zwei Monate im Krankenhause gelegen und war ganz mager und ausgetrocknet, mit schönen, dunklen Loden auf dem Kopfe von dort zurückgelehrt. Er hatte sich seinen zerzausten, struppigen Bart abrastieren lassen, und trotz seiner eingefallenen, gelben Backen sah er um fünf Jahre jünger aus. Er arbeitete wie früher in fremden Werkstätten und schloß sogar selten zu Hause, so daß seine Tochter vollkommen über die Wohnung verfügen konnte. Sie fädte ihm die Kleider und nannte ihn, wie alle anderen Leute, einzig Veriljtscha. Dem Schuster machte ihr Verhalten gegen ihn viel Spaß, und er hatte sogar Achtung vor seinem kraushaarigen Mädchen, das ebenso mürrisch und herzhast zu lachen verstand wie er selber.

Die Seesabende bei Marja wurden Ija und Jakov ganz und gar zur Gewohnheit. Die Kinder setzten sich an den Tisch und tranken lange und viel, gerieten dabei in Schwelch und plauderten über alle möglichen Dinge, die sie interessierten. Ija berichtete, was er alles in der Stadt gesehen hatte, und Jakov, der den ganzen Tag las, erzählte von seinen Büchern, von den Skandalgeschichten in der Schenke, beklagte sich über seinen Vater und schwatzte manchmal ein Zeug zusammen, das Ija und Marja ganz ungerecht und unverständlich vorkam. Marja sah vom Morgen bis zum Abend in ihrem Kellerküchen, arbeitete und sang wieder, hörte die Unterhaltung des Knaben an, sprach selbst nur wenig und lachte, wenn sich ein Anlaß dazu bot. Der Tee schmeckte ihnen allen ausgezeichnet, und der Samowar, der von einer ganz dicken Opfdrüse bedeckt war, griff sie mit seiner drolligen alten Frage plüßig-freundlich an. Fast jedesmal, wenn die Kinder eben so recht auf den Geschmack gekommen waren, begann er gutmütig-boshaft zu summen und zu furren, und es fand sich, daß kein Wasser darin war. Marja nahm ihn und ließ damit fort, um Wasser nachzugeben — und das mußte sie an jedem Abend mehrmals wiederholen.

Wenn der Mond am Himmel stand, nahm sein Licht gleichfalls an dem Freudenfest der Kinder teil. In immer gleicher Gestalt, als großer, schimmernder Fleck, fiel es durchs Fenster in das Stübchen.

(Fortsetzung folgt.)

1. Verbot des Alkoholausschanks in Spiritus und ähnlichen Getränken von nachmittags 8 bis abends 6 Uhr.
2. Herabsetzung des zum Ausschank gelangenden Brotes, Kornes auf 25 Prozent. (Änderung des Reichsmonopolgesetzes.)
3. Verbot des Kleinhandels mit verkorkten und versiegelten Flaschen nach abends 6 Uhr, bezw. nach Schließung der Wägen der Gewerbetreibenden.
4. Verbot des Verkaufs von destilliertem Spiritus an Private.
5. Verweigerung jeder Konzession für Destillations-Ausschankstellen.
6. Verweigerung der Konzessionen an Ausländer, welche nicht mindestens 6 Jahre in Deutschland ansässig sind.

Am gestrigen Mittwoch vormittag wurde eine Kommission des Gastwirts vom 1. Oberpräsidenten empfangen, die diese Entscheidung überreichte. In der anschließenden Besprechung machte der Oberpräsident darauf aufmerksam, daß für die meisten der Forderungen gar nicht er, sondern andere Behörden zuständig seien, z. B. der Volkseigenen, der Stadtausschuss und der Bezirksausschuss (für Konzessionen) oder gar die Reichsregierung (Änderung des Reichsmonopolgesetzes). Im übrigen sei die Verordnung durch Verfassungskonflikte im Amtsblatt für den Bezirk Breslau am Montag und für den Bezirk Osnabrück am Sonnabend in Kraft getreten. Mithin sei das Verbot des Alkoholausschanks in der Zeit von 9 Uhr abends bis 8 Uhr morgens rechtskräftig geworden.

Der Oberpräsident habe das Recht, bei dringenden Anordnungen Erlasse auch ohne vorherige Zustimmung des Provinzialrates herauszugeben. In diesem Falle könne der Provinzialrat sich also nur nachträglich einschließen. Von den überreichten Forderungen sei der Oberpräsident nur für die zuständig, die eine Verletzung des Verbots auf die Zeit von 3 bis 6 Uhr nachmittags verlange. Durch das inzwischen erfolgte Inkrafttreten des Verbots sei auch diese Forderung zunächst gegenstandslos geworden, doch werde das Oberpräsident die Frage weiter erwägen. Zunächst verbleibe es jedoch bei dem Verbot des Alkoholausschanks von 9 Uhr abends bis 8 Uhr früh.

Also nur zunächst bleibt es bei dem Alkoholverbot. Damit will der Oberpräsident anscheinend bekunden, daß es doch nicht ausgeschlossen ist, daß er noch umfällt. — Wir haben das Wesen dieses Alkoholverbotes bereits erläutert. Die Forderungen der Gastwirte zeigen, daß sie das Verbot noch mehr umbiegen wollen zu einem Mittel, das ihnen viel Gewinn bringt. Ob der Oberpräsident dem Verlangen der Gastwirte nach höheren Gewinnen wohl Rechnung tragen wird? Jedenfalls bereitet er seinen Umfall schon jetzt vor.

Gewerkschafts-Bewegung.

Die „Bergwacht“ und die Hirsch-Dankerschen.

Gegenwärtig sind die meisten SPD.-Blätter wieder eifrig am Werke, den verhassten Kommunisten ein auszuweichen. Man versucht, unter allen Umständen die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften als für diese schädlich hinzustellen. Die „Schlechte Bergwacht“ z. B. bringt in ihrer Montagnummer einen Artikel aus dem Zentralorgan des Gewerkschaftsbundes (Hirsch-Danker) zum Abdruck. In dem fraglichen Artikel wird behauptet, daß die Richtungskämpfe innerhalb der freien Gewerkschaften dazu geführt hätten, daß zahlreiche ruhige Elemente den freien Gewerkschaften den Rücken gekehrt hätten. Daß diese Angaben nicht stimmen, läßt sich durch die letzte Statistik des IGBB. beweisen, in der nachgewiesen wird, daß die Mitgliederzahl des Bundes zugenommen hat. Einige Verbände, insbesondere der Bergarbeiterverband, haben Mitglieder verloren, was einestheils aus Berührung, andererseits aus materiellen Gründen geschehen ist. Weiter waren es dann Organisationen, die es durch niedrige Beiträge verstanden, Mitglieder aus den freien Gewerkschaften an sich zu ziehen.

Jeder freie Gewerkschaftler in Waldenburg Revier kennt den sogenannten billigen Jakob (Gewerkschaft Hirsch-Danker), der die niedrigen Beiträge erhebt, um Mitglieder zu fördern. Jeden ehrlichen freien Gewerkschaftler muß ein Ziel erfassen, wenn er die „Bergwacht“ zur Hand nimmt und dann Artikel findet, die von gegnerischen Gewerkschaftsblättern stammen und dazu dienen sollen, Mitglieder der freien Gewerkschaften herunterzuziehen. Die Schreibweise dieser Zeitung endigt bald in einer blödsinnigen Kommunistenbege. Wir wissen ganz genau, wie die Erneuerung auch die Gewerkschaften erfasst, daß die Mitglieder über hohe Beiträge murren. Aber mit denjenigen Mitgliedern, die wegen niedrigen Beiträgen in den Hirsch-Dankerschen überleben, können wir jedenfalls keine Blumensprache gewinnen. Wir aber können feststellen, daß die, die in der Arbeitsgemeinschaft ihr alles erbitten, in der Kommunistenbege jenen treuen Bruderchaft leisten. Wir wünschen jedenfalls der „Schlechten Bergwacht“ zu dieser Bruderchaft den besten Erfolg.

Breslau.

Totales.

Kommunistischer Hilfsdienst.

Freitag, den 3. November: Oskar Berner, Armin Reimann, Gottfried Gagel, Adolf Schmalzer, Georg Staudt, Florentine Staudt, Bruno Szwarz, Otto Gönner, Paul Jauer, Paul Knapp; sowie Fritz Bilde kam vormittags freizum.

Sonnabend, den 4. November: Georg Schönfelder, Paul Müller, Walter Döber, Franz Jurek, Bogner, Döberger, Günther Hoffmann und die Genossinnen Marie Reimann, Marg. Bortenberg.

Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend, den 4. November, abends 6 1/2 Uhr, im Roten Saal, Kapuzinerstraße 21, Funktionsführung der Bergarbeiter. Die angelegentlichsten Kollegen haben vollständig zu erscheinen, da sehr wichtig. Der Funktionärsrat.

Eine denkwürdige Begegnung.

Der Hauptleiter des Arbeitervereins, Groß, ist nach Unterdrückung von 30 000 Mark häufig geworden und wird rechtlich verfolgt. Der frühere Gewerkschaftsleiter Groß hat sich zum Ausdruck des Kampfes bei hiesigen Magistrat in der Markthausverwaltung als Personifizierung begeben. Als neuer Denkwürdiger, der keine Zeit als gewöhnliche gläubige, vernünftige er gleich an dem ersten Kopplungen seinen Zustand wieder mit der Unwissenheit und trat er einem der damals so berühmten Juristen bei. Nach dem vorangegangenen Kampf wurde er zum Magistrat, insbesondere jedoch auf Bewahrung hiesiger Arbeiter, wegen seiner realistischen Ansichten erlassen. Dann kam er während der Abrechnung in Oberpräsidenten beim Staatsrat an. Groß verlor auch letztendlich in die damalige Unabhängigkeit sozialistische Partei, hauptsächlich als Spitzel, Funktionär, welches begannen ihn aber durch einige Genossen vereitelt wurde. Es sollte uns nicht wundern, wenn Groß die gut bezahlte Stellung im Arbeiterverein nur durch Überzeugung seiner denkwürdigen Freunde erhalten hat, wobei er nun durch den großen Vertrauensverlust dankend quittierte.

Nieder-Salzbrunn.

Warum haben wir keine Straßenbeleuchtung? Zu dieser, von allen Einwohnern jetzt so häufig gestellten Frage wird uns von der Gemeindeverwaltung zur Aufklärung und Kennzeichnung der zur Straßenbeleuchtung laut Vertrag verpflichteten Firma Ohme das Nachstehende mitgeteilt: Schon im vorigen Winter war die Beleuchtung der Straßen infolge der äußerst schlechten Laternen eine sehr mangelhafte. Vertraglicher Lieferant ist die hiesige Gasanstalt (Fabrikbesitzer Ohme). Dieser Vertrag datiert vom 3. Dezember 1898 und gilt bis 29. Dezember 1928. Es ist kein Wunder, wenn nach 25 Jahren die Laternen zerfallen und alle Reparaturen fast zwecklos sind. Aber das ist Sache des Lieferanten, der während der vielen Jahre auch entsprechende Vorteile gezogen hat. Mit der in der Ueberprüfung liegenden Frage verbindet sich noch die wichtigere Frage: Warum haben wir seit 25 Jahren keine elektrische Straßenbeleuchtung?

Es dürften nicht viele Einwohner wissen, daß bereits vor dem Gaslieferungsvertrage ein Vertrag für elektrische Straßenbeleuchtung abgeschlossen war. Dieser datiert vom 1. Juni 1897, unterzeichnet von dem damaligen Gemeindevorsteher Heinrich und dem Schiffsen Bachmann und Schmidt. Hiernach hätte die „Neufag“ auf 30 Jahre elektrische Straßenbeleuchtung für den Jahresbetrag von 600 Mark zu liefern. Aus den Gemeindefinanzen ergibt sich aber, daß der damalige Gemeindevorstand mündlich bei der „Neufag“ dahin vorstellig geworden ist, die „Neufag“ möge die Gemeinde von der Verpflichtung, ihre öffentliche Straßenbeleuchtung von der „Neufag“ zu entnehmen, entbinden!

Das hat dann die „Neufag“ mit großem Vergnügen getan, zumal alle anderen Vorteile (unentgeltliche Benutzung der Straßen usw.) der „Neufag“ vertraglich zugesichert blieben. Die Gemeinde gab also alle Berechtigungen für die Privatfirma „Neufag“ hin und verzichtete obendrein auf die so wichtige — kostenfreie — Einrichtung der elektrischen Straßenbeleuchtung. Nachdem dieses Kunststück der damaligen, so für das „Wohl“ der Gemeinde besorgten Herrschaften entdeckt war, verfuhr die gegenwärtige Gemeindevertretung sehr noch zu retten, was möglich sei. Sie wandte sich mit Schreiben vom 15. März 1922 an die hiesige Gasanstalt (Fabrikbesitzer Ohme) mit der Anfrage, ob vielleicht einer vorzuziehenden Aufhebung des Gasvertrages der schlechten Gasbeleuchtung wegen zugestimmt werde.

Die Antwort blieb über einen Monat aus und gipfelte dann unter dem 20. April 1922 in der Erwiderung: „Der Vertrag wird in keiner Weise berührt.“

Die Gemeindevertretung konnte deshalb positive Schritte für die elektrische Straßenbeleuchtung nicht unternehmen, weil der Gasvertrag die Gemeinde bis 1928 abnahm und entschädigungslos macht. Im Sommer wurden Laternen abgenommen und unter dem 12. Juni 1922 verlangte die Gasanstalt eine besondere Entschädigung für die Instandsetzung der Laternen. Hiernach und nach dem unberührten Gasvertrage kommt nur die Beibehaltung der Gasbeleuchtung in Frage.

Ende Juli 1922 (also nach weiteren drei Monaten) machte dann die Gasanstalt der Gemeinde den Vorschlag, nunmehr die Gasbeleuchtung ganz einzustellen. Grund hierzu war für die Gasanstalt die inzwischen eingetretene riesige Preissteigerung für Materialien (Laternen, Randleiter und Erdhände), wofür sie entsprechende Konjunkturpreise einheimsen wollte. Vielleicht dachte die Millionenfirma damals daran, dadurch der Gemeinde die vielen tausende Mark Steuern von 1920/21 zu bezahlen? Aber nicht minder waren die Preise für Anlagen ins Ungemessene gestiegen. Eine Anfrage bei der Neufag ergab, daß diese nun im Herbst zur Ausführung der elektrischen Straßenbeleuchtungsanlage mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit der Kapitalbeschaffung überhand sei. Zum Vergleich sei angeführt, daß im Frühjahr die Anlage etwa 100 000 Mark gekostet haben würde, während im Herbst eine Million nicht ausgereicht hätte. Auf diese Weise hätte sich die Gemeinde in ein unhaltbares Finanzgefäß gestürzt. Die Gemeindeverwaltung teilte deshalb der Gasanstalt sogleich mit, daß — nachdem durch die Schuld der Gasanstalt im Frühjahr-Sommer nichts unternommen werden konnte — jetzt vor Beginn der Beleuchtungsperiode eine Aufhebung des Gasvertrages nicht in Frage kommen kann. Nachdem die Gasanstalt aufgefordert worden war, infolge der eintretenden Dunkelheit die Beleuchtung ab 1. Oktober — wie vertraglich vorgeschrieben — einzutreten zu lassen, antwortete dieselbe erst unter dem 17. September, daß sie die Sache einem Schiedsgericht unterbreitet habe und bis zum Austrage dieser Sache auf das Schreiben der Gemeinde nicht eingehen wolle. Hieran richtete die Gemeinde an die Gasanstalt am 23. September 1922 folgenden Schreiben:

„Vertraglich hat die Gasanstalt Nieder Salzbrunn die Straßenbeleuchtung ab 1. Oktober 1922 zu gewährleisten bezw. zu stellen. Wir werden sie für alle Schäden, die sich aus der Nichtbeleuchtung ergeben, hiermit haftbar. Wegen der Entschädigung für das eventuelle Ausbleiben der Straßenbeleuchtung behalten wir uns unsere Forderungen vor.“

Inzwischen liegen unsere Straßen durch das unerwartliche Geschäftsgebahren der Gasanstalt im Dunkeln und jeder weiß nun, daß die Gemeindeverwaltung alles tat, um eine bessere Beleuchtung einzuführen. Der Einwohner, besonders der Arbeiter, zeigt sich durch dieses skrupellose Verhalten der Firma Ohme wieder, daß diese alles versucht und versucht hat (nicht bezahlen vieler Tausende Mark Gemeindefinanz), um die ihr lästige Gemeindeverwaltung und den Gemeindevorstand zu Fall zu bringen und diese Entschädigung mit Unrecht zu bezogen, die wie früher nach der Pfeife der Firma Ohme klang. Doch hier ist alle Mühe vergeblich.

K * P * D

Kommunistische Partei Deutschlands (Bez. Schlesien)

Bezirksleitung:

Sitz und Kasse: Breslau, Nikolaistraße 49/50, Fernsprecher Ring 5837. Abgabe: Alfred Celsner, Breslau 1, Nikolaistraße 49/50. Postfachkonto Breslau 58861, Alfred Celsner.

Bezirksleitungsitzung: Montag, den 6. November, nachmittags 5 Uhr, im Parteizentrum. Erscheinen aller Bezirksleitungsmitglieder ist unabdingbare Pflicht.

Agitationskreis Breslau.

Die Ortsleitung fordert die notwendigen Sammelstellen für Propagandamaterial wie folgt: 5—11, 22—26, 36—39, 42, 49—79, von 81—84 per Woche; was zu bringen. Die Distriktsleiter werden nochmals ersucht, am 4. 11. die Beiträge abzugeben. Schritte 7 und 8. Achtung! Pökelwischel! Am Freitag, den 3. November, fällt der Bezirksabend aus. Dieser findet am Sonntag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, Osnabrückstraße 8, im Restaurant „Zur Stadt Waldenburg“ statt. Eine Genossin spricht über das Thema: „Wie kann die Frau ihr Volk retten?“ — Alle Genossen müssen ihre Frauen und sympathisierende Frauen mitbringen.

Abend 9. Uebel: Osnabrückstraße 21. Freitag, den 3. November 1922. Aufbruch zum Parteitag.

Referent: Genosse Rechtsanwalt Simon. Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist Pflicht. Markt 10-11. Freitag, den 3. November, abends 7 1/2 Uhr. Kurzausgang im Schulhaus Brodauer Straße. Sonntagsbesuche und Zeitungslieferanten sind eingeladen. Markt 12. Freitag, den 3. November, Pökelwischel. Total Schmidt, Hubenstraße 50. Alle Genossen müssen um 7 Uhr.

Agitationskreis Hagnau.

Sonnabend, den 4. November, Randversammlungen (Fuchsmühl (Kr. Lüben) Referent Genosse Meier in Wärdorf b. Hagnau Referent Genosse Schloffer.

Sonntag, den 5. November:

Seifersdorf in Bohlsdorf Panthenau Referenten die Genossen Meier und Schloffer, Hagnau.

Sämtliches Material für Einberufer und Versammlungsleiter ist bei Genosse Meier, Bahnhofstraße 18, in Empfang zu nehmen.

Agitationskreis Striegau.

Abend, Sonnabend, den 4. November, abends 8 Uhr im Gasthof zum Friedrichsdenkmal, Mitgliederbesprechung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Zehnergruppenführer erscheinen eine Stunde früher. Referent ist anwesend.

Agitationskreis Waldenburg.

Interess Revier.

Ottersbach. Sonntag, den 5. November, abends 6 Uhr, in Vereinszimmer der Friedenshoffnung, wichtige Mitgliederbesprechung. Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche und politische Lage. Warum haben wir die Teuerung? Wollen wir Kommunisten und dazu? Referent: Genosse Rich. Schulz. 2. Aussprache. — Im Anschluß geselliges Beisammensein. — Die Frauen der Genossen, Sympathisierenden und Jugendgenossen sind willkommen. Wir erwarten zahlreiches und pünktliches Erscheinen.

Waldenburg. Wir ersuchen anlässlich unserer Revolutionsfeier die Genossen und Genossinnen der umliegenden Ortsgruppen zahlreich zu unterstützen.

Waldenburg. Funktionäre! Sonntag, den 5. November, vormittags 9 Uhr, Abrechnung der Programme bei Genosse Weiß, Sandstraße 8.

Kommunistische Jugend.

Bezirksleitung: Waldenburg, Gläser, Breslau. Antolajir. 49/50. Postfachkonto: Breslau 675 95. Waldenburg. Referent: Gottfried Hoffmann, Breslau, Nikolaistraße 49.

Agitationskreis Breslau.

Freitag, den 3. November 1922, abends 7 Uhr Funktionsführung im Minorkenhof 3-5. Tagesordnung: Praktische Arbeit. Erscheinen eines jeden Funktionärs sowie der Zehnergruppenführer erforderlich.

Sonnabend, den 4. November, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Versammlung der Kindergruppenfunktionäre. Alle Genossen und Genossinnen, die sich für die Kindergruppenarbeit interessieren, sind dazu eingeladen.

Alle Jugendgenossen, die im Transportgewerbe beschäftigt sind, haben am Sonnabend, den 4. November, abends um 7 Uhr im Parteibüro zu erscheinen. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung fordern wir alle Genossen auf, zu erscheinen. Alle Jugendgenossen treffen sich am Sonntag, den 5. November, früh 8 Uhr im Parteibüro zwecks Teilnahme am kommunikativen Hilfsdienst. Auch die Teilnehmer am Funktionärskurs haben zu erscheinen.

Agitationskreis Waldenburg.

Mittwoch, den 8. November, Vortrag: „Was lehrt uns die bürgerliche Gesellschaft vom Geschlechtsproblem.“ Die nächste Funktionsführung findet Sonnabend, den 4. November, um 8 Uhr im Heim statt.

Kommunistische jugendliche Bergarbeiter. Freitag, den 3. November, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Versammlung zwecks Bildung von Fraktionen. Alle Jugendgenossen der Ortsgruppe Waldenburg-Ottersbach, welche Bergarbeiter sind, haben unbedingt zu erscheinen.

Alle Genossen und Genossinnen, die am Arbeitsgemeinschaftsabend teilnehmen, kommen am Sonnabend, abends 7 Uhr, im Heim zusammen. Geprochen wird über das kommunikativen Sammelkurs.

RS. Freiburg. Sonntag, den 5. November, findet im Gasthof „Zum Buchwald“ die fällige Monatsversammlung statt. Pflicht eines jeden Genossen(in) ist zu erscheinen. Letzte Probe zur Revolutionsfeier.

Waldenburg. Sonnabend, den 4. November, abends 7 1/2 Uhr, Stadt-Revier, Monatsversammlung. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht. Mitgliederkarte ist mitzubringen.

Waldenburg. Jeden Dienstag, abends 7 Uhr, findet in der Stadt „Berlin“ der Arbeitsgemeinschaftsabend statt. Jeder Funktionär und jedes Bildungsausschussmitglied muß erscheinen.

Sorgt für die Hungernden Rußlands!

Verantwortlicher Redakteur: Karl Gräf; Inserate Max Zischner. Druck und Verlag: Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. sämtlich in Breslau.

Schauspielhaus. Täglich 7 1/2 Uhr. Das große November-Programm. Matthias-Kino. Matthisstraße 38. Mollkestraße 9. Wirbelwind. 2. und 3. Teil. Dazu. Das gute Bekiprogramm.

Gebrüder Reisekorb. Täglich 8 Uhr. Das große Markt-Programm. Hast Du schon das kommunistische Stamalein gekauft?